

Deutschland hat Zukunft

Neue Impulse für einen nachhaltigen Bürokratieabbau

Freitag, 18.03.2016 um 9.00 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Bürokratieabbau als kostenloses Konjunkturprogramm

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Kreuzer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
herzlich willkommen zu unserem Deutschland hat
Zukunft-Kongress.

Bürokratie als Standortnachteil

Bürokratie ist nicht das spannendste Thema –
schon gar nicht an einem Freitagmorgen.

Doch man sollte die Bedeutung des
Bürokratieabbaus nicht unterschätzen.

Überflüssige Bürokratie ist ein Bremsklotz im
Getriebe unserer Volkswirtschaft

Sie kostet Nerven, Zeit und Geld – die Bürger
ebenso wie die Unternehmen.

Und die Berliner Bürokratielawine rollt weiter.

Von Wirtschaftspolitik kann derzeit keine Rede
sein – bei der Schaffung neuer Bürokratiemonster
zeigt sich die Bundesregierung dagegen kreativ:

- Aufzeichnungs-, Kontroll- und
Nachweispflichten beim Mindestlohn,
- Berichtspflichten bei der Frauenquote,
- Pläne zur Entgeltgleichheit und

- Mehraufwand durch die Einführung des Elterngeld plus.

Ein paar besonders krude Ideen konnten wir noch in letzter Minute abwenden:

Zum Beispiel die Arbeitsstättenverordnung, die das regelmäßige Begehen von Privaträumen bei Home-Office-Arbeitsplätzen erfordert hätte.

Und das waren nur ein paar Beispiele!

Neue Umfrage des IW Köln

Um die Belastung durch Bürokratie zu erfassen, hat das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln im Frühjahr 2016 ein Stimmungsbild eingeholt.

Dr. Karl Lichtblau wird uns die Erhebung im Detail vorstellen.

Einige Ergebnisse möchte ich vorwegnehmen.

- Satt 95 Prozent der Unternehmen sagen, die Bürokratiekosten hätten sich seit 2011 erhöht – für 44 Prozent sogar „stark erhöht“.
- Nur 3 Prozent sagen, sie seien „etwa gleich“ geblieben.
- Allein 1,6 Prozent spüren eine Verringerung.

Besonders auffällig dabei:

Die Unternehmen klagen unabhängig von ihrer Größe über zu viel Bürokratie.

Unter den Branchen ist die Bauindustrie besonders betroffen, vor der M+E Industrie und den Dienstleistern.

Am stärksten ist die Belastung in den Bereichen „Statistik und Dokumentation“, bei der Sozialversicherung und im Arbeitsrecht.

Und auch der jüngste Global Competitiveness Report des Weltwirtschaftsforums hat gezeigt:

Deutschlands größte Hindernisse sind das komplexe Steuerrecht und ineffiziente Bürokratie.

Ließe sich nur ein Teil der überflüssigen Bürokratiekosten einsparen – was wäre das für ein gigantisches Konjunkturprogramm!

Bürokratieabbau ist kein Nebenschauplatz.

Er ist ein echter Hebel für Standortentwicklung!

Erste Erfolge beim Bürokratieabbau

Das erkennt so langsam auch der Bund.

Das zum 1. Januar in Kraft getretene Bürokratieentlastungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Laut dem Bericht der Bundesregierung zum Bürokratieabbau ist der Erfüllungsaufwand seit Mitte 2014 erstmals gesunken.

Auch der Bürokratiekostenindex ist im letzten Jahr zum ersten Mal seit seiner Einführung 2012 unter den Ausgangswert gefallen.

Die „one in, one out“-Regel auf Bundesebene ist ebenfalls ein echter Fortschritt.

Diese Entlastungen zeigen: Unser Eintreten für den Bürokratieabbau zahlt sich aus.

Aber: Ausruhen können wir uns darauf nicht. Unsere Wettbewerber tun es auch nicht.

Großbritannien, schon jetzt ein Vorreiter beim Bürokratieabbau, hat vor kurzem eine „one in, three out“-Regelung angekündigt!

Für jedes Pfund Zusatzbelastung sollen die britischen Ressorts nun drei Pfund einsparen.

In Deutschland drohen dagegen weitere Belastungen durch die Pläne für ein

Lohngerechtigkeitsgesetz und zur Neuregelung des Mutterschutzrechts.

Bürokratieabbau in Bayern

Die Bundesregierung sollte sich ein Beispiel an Bayern nehmen.

Die bayrische Staatsregierung treibt das Thema seit gut 15 Jahren aktiv voran:

Henzler-Kommission, Verwaltung 21, „5-Jahres-TÜV“ für Gesetze und Vorschriften, Sunset-Beschlüsse – das alles hat Wirkung gezeigt:

- Aktuell über 10 Prozent Gesetze und Verordnungen weniger als in der letzten Legislaturperiode;
- Seit 2000 gut ein Drittel der bayerischen Gesetze und Verordnungen gestrichen und Verwaltungsvorschriften um gut die Hälfte reduziert.

Das ist vorbildlich – bundesweit!

Zuletzt hat die CSU interessante Vorschläge gemacht, wie Bayern die Chancen der Digitalisierung für Bürokratieabbau nutzen kann.

Forderungen zum Bürokratieabbau

Beim Bürokratieabbau bleibt dennoch noch viel zu tun. Besonders kleine und mittlere Unternehmen brauchen weitere Entlastungen.

Heute wollen wir über den Handlungsbedarf sprechen und konkrete Ziele formulieren.

Das betrifft vor allem sechs Bereiche:

Erstens *(Bürokratie-TÜV)*

Auf Bundesebene hat die Einrichtung des Nationalen Normenkontrollrats und die bessere Messung der Folgekosten viel bewirkt.

Ich freue mich, dass Hanns-Eberhard Schleyer, Mitglied des NKR, heute bei uns ist.

Der Normenkontrollrat muss jetzt zu einem echten „Bürokratie-TÜV“ werden. Eine Regelung darf nur dann in Kraft treten, wenn sie den Kostentest bestanden hat.

Dazu braucht der Normenkontrollrat Zähne, auch gegenüber Bundestag und Bundesrat.

Und wir brauchen einen transparenten Gesamtfahrplan, um die Bürokratiekosten mit konkreten Maßnahmen abzubauen.

Dazu gehören

- ein Monitoring,
- ein genauer Zeitplan
- sowie das Bekenntnis zu neuen – und ambitionierten – Netto-Abbau-Zielen.

Zweitens (*Sunset-Klauseln*)

Wir brauchen eine ex-post-Evaluierung möglichst aller Gesetze:

- Haben sie ihr Ziel erreicht?
- Sind die Kosten im Rahmen geblieben?

Bisher fehlt es an einer verbindlichen Systematik.

In den USA haben Auslaufklauseln für bestimmte Normtypen lange Tradition.

Drittens (*inhaltliche Prüfung*)

Besser als jede nachträgliche Evaluierung ist es aber, überflüssige Gesetze nicht zu beschließen!

Momentan liegt der Gradmesser eher darauf, ob eine Regelung effizient umsetzbar ist.

Genauso wichtig wäre es, jedes Vorhaben auf inhaltliche Notwendigkeit und vor allem die praktische Anwendbarkeit zu prüfen!

Dieser Ansatz würde viele überflüssigen Gesetze und Regulierungen schon im Keim ersticken.

Was bringt ein Bürokratieentlastungsgesetz, wenn die Bundesarbeitsministerin immer neue Belastungen plant?

Wir begrüßen, dass die CSU bei Zeitarbeit und Werkverträgen ebenso auf Korrekturen drängt wie bei der Erbschaftssteuerreform.

Viertens *(bessere Vergleichbarkeit)*

Bürokratieabbau muss auf allen Ebenen und in allen Ländern vorankommen.

Ein Vergleich zwischen Ländern, Kommunen und Bundesbehörden könnte neue Anreize setzen und Handlungsbedarf aufdecken.

Und wir brauchen ressortspezifische Zwischenziele zur Optimierung der Umsetzung.

Fünftens *(mehr Pauschalierungen)*

Auch über die Instrumente der Rechtssetzung müssen wir nachdenken:

Das derzeitige Bestreben, jedem Einzelfall gerecht zu werden, hat ein Dickicht an Detailregelungen zur Folge.

Das schafft keine Rechtssicherheit, sondern nur mehr Unsicherheit.

Wir brauchen mehr Mut zu Pauschalierungen – davon profitieren gerade Mittelständler und Existenzgründer.

Sechstens (EU-Regelungen)

Ein großer Teil unserer Vorschriften geht auf Vorgaben der Europäischen Union zurück.

Echter Bürokratieabbau muss auch da ansetzen.

Wir begrüßen die Initiative zur „Besseren Rechtsetzung“ der aktuellen EU-Kommission.

Es bleibt aber viel zu tun – angefangen bei der „one in, one out“-Regel, die auch auf EU-Vorhaben Anwendung finden muss.

Auch die EU braucht einen unabhängigen, extern beratenden Normenkontrollrat.

Und vom Bundesgesetzgeber fordern wir: Mit der Vergoldung von EU-Regeln muss Schluss sein.

Der Bund sattelt auf beinahe jede Regulierung aus Brüssel noch eins drauf – egal ob in der Energiepolitik oder bei CSR-Nachweisen.

Eine 1:1-Umsetzung reicht vollkommen aus!

Schluss

Meine Damen und Herren,

zur Vermeidung unnötiger Bürokratie brauchen wir in Deutschland eine Diskussion darüber,

- was der moderne Staat regeln kann und soll
- und welche Aufgaben privat besser erbracht werden können.

Derzeit geht es wieder in Richtung „der Staat wird es schon richten“. Das ist falsch.

Zur Korrektur vermeintlichen Marktversagens wird nur Staatsversagen produziert – und mehr Bürokratie, die dem Standort schadet.

Diesem Trend stellen wir uns als vbw mit der Kraft der Argumente entgegen.

Ich wünsche uns eine ertragreiche und informative Veranstaltung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!